

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Mag. Gerald Ebinger und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „finanzielle Unterstützung für die Tschau-ner - Freiluftbühne“, eingebracht im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte in der Spezialdebatte „Kultur und Wissenschaft“ am 29. Juni 2020 zu Post 1

Im Vorjahr zählte die Stegreifbühne, die jährlich von Juni bis September Konzerte und Kabarett im Programm hat, eine Rekordbesucherzahl von 26.500 Gästen. Nun hätte es zusätzliche 200.000 Euro benötigt, um den Betrieb unter Corona-Bedingungen aufrecht zu erhalten bzw. entgangene Verluste zu kompensieren. Diese Summe kann aber angeblich von der Stadt Wien nicht aufgebracht werden, weshalb sie diese Sommersaison geschlossen bleibt.

Die Einhaltung der Covid-19-Bestimmungen hat enorme Investitionen zur Folge, etwa für extra Sanitäranlagen und Security“, teilte Direktorin Monika Erb am Montag mit. Die Einschränkungen würden der vorwiegend auf Gäste-Einnahmen (83 Prozent) ausgerichteten Freiluftbühne nur ein Drittel der Besuche ermöglichen, was ohne Zusicherung einer Entschädigung wirtschaftlich nicht zu stemmen wäre. Es ist nicht verständlich, dass die Stadt Wien wie die Untersuchungskommission zum Thema "Missstand bei der Gewährung und Überprüfung der widmungsgemäßen Nutzung von Fördergeldern durch die Gemeinde Wien" viele Mio Euro für Vereine im Naheverhältnis von Parteien hat, gleichzeitig aber eine Traditionsbühne zugesperrt lässt.

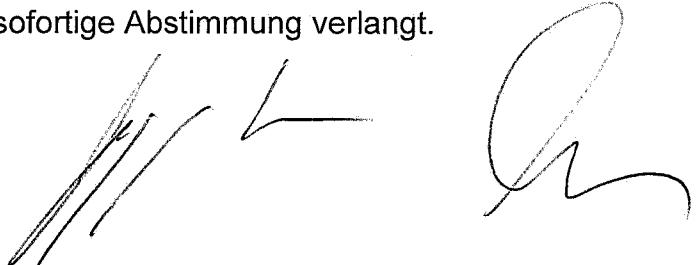


Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Herr Bürgermeister wird gemeinsam mit der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe „Kultur und Wissenschaft“ ersucht, die nötigen Mittel für die Aufrechterhaltung des Betriebes der traditionsreichen Tschaunerbühne in der Sommersaison 2020 sicherzustellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.



MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 29. JUNI 2020
PCIL-S49337-2020-KFP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat